

Übersichten

Außenpolitik

* (1) Stellungnahme zum Airbus-Abschuß

Am 4. Juli 1988 gab das Außenministerium in Beijing eine Erklärung zum Abschluß eines iranischen Verkehrsflugzeugs mit 298 Passagieren durch ein US-Kriegsschiff heraus. Wörtlich: "Wir verurteilen diesen Akt und drücken den Opfern unser Mitgefühl aus. Wir wiederholen, daß die chinesische Regierung gegen die militärische Einmischung der Großmächte in der Golfregion eintritt. Diese Einmischung ist dem Frieden und der Stabilität in der Region alles andere als förderlich. Wir hoffen, daß es in der Frage des iranisch-irakischen Kriegs sobald wie möglich eine friedliche Lösung gibt." (RMRB, 5.7.88) -we-

* (2) Ein weiteres Stück "Normalität" zwischen Indien und China

Am 8. Juni 1988 unterzeichneten Indien und China in Beijing einen neuen Handelsvertrag, der die Jahre 1988-1989 umfaßt. Vorausgegangen waren dreitägige Verhandlungen zwischen dem indischen Handelsminister A.N. Verma und dem chinesischen Vizeminister für Auswärtige Wirtschaftsbeziehungen und Handel, Shen Jueren.

China soll aus Indien Erze, landwirtschaftliche Produkte, Chemikalien, technisches Gerät, Sperrholz, Schmuckartikel und synthetisches Garn importieren, während es seinerseits nach Indien Rohseide und Seidengarn, Metalle und Minerale, Erdölprodukte, Arzneimittel und Roheisen ausführt. Außerdem wurde vereinbart, daß der bilaterale Handel in Zukunft weiter wachsen soll, wobei stets der Grundsatz der Ausgewogenheit zu beachten sei. (PTI in SWB, 10.6.88)

Der Außenhandel zwischen Indien und China war im Gefolge des Grenzkonflikts von 1962 jäh unterbrochen und erst 1977 wieder aufgenommen worden. Allerdings war seine Bedeutung quantität négligeable geblieben. Im Zweijahreszeitraum 1977/78 belief er sich lediglich auf 25,6 Mio. Rupees, stieg dann allerdings 1982/83 auf 1.171.800.000 Rupees an.

In der Vergangenheit war der Handel zwischen beiden Ländern stets über das Gebiet von Tibet erfolgt. Diese Praxis war allerdings ebenfalls 1962 zum Stillstand gekommen.

In Zukunft wollen beide Staaten auf bestimmten Gebieten enger zusammenarbeiten, so z.B. im Bereich der Edelsteinschleiferei. (Radio New Delhi in SWB, 17.6.88)

Bereits am 28. Mai hatten beide Seiten ihr erstes Kulturabkommen unterzeichnet, ebenfalls in Beijing. Das Abkommen soll, falls es nicht vorher aufgekündigt wird, nach fünf Jahren jeweils automatisch weiterlaufen. Von den beiden Kulturministern - auf der chinesischen Seite Wang Meng - wurde das Abkommen als "Pioniervertrag" bezeichnet. Gleichzeitig wurde das kulturelle Austauschprogramm für den Zeitraum 1988/89 unterzeichnet, das den gegenseitigen Besuch von Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern, von Kunstgruppen sowie Visitationen von Professoren und Studenten vorsieht. Außerdem sollen die gegenseitigen Diplome, Urkunden und Grade anerkannt werden. (PTI in SWB, 30.5.88) -we-

* (3) Konflikt Chinas mit Japan um Fragen der "Vergangenheitsbewältigung"

1987 war der 40. Jahrestag des "Massakers von Nanjing", dessen Folgen durch die japanischen Militärs sorgfältig verdeckt worden waren - allerdings nicht sorgfältig genug, als daß nicht chinesische Nachforschungen das grauenhafte Ausmaß bis in alle Einzelheiten hinein hätten rekonstruieren können.

Ganz anders als die Bundesrepublik Deutschland hat Japan die Vergangenheitsbewältigung nie als moralische Aufgabe und als Voraussetzung für eine bessere Zukunftsbewältigung begriffen. Zumindest das offizielle Japan versuchte, die Kriegsschuld der Jahre 1937/45 immer wieder herunterzuspielen. Dies führte zu ständigen Reibungen mit den vom früheren japanischen Imperialismus betroffenen Ländern - China, Korea und nicht zuletzt auch den meisten ASEAN-Staaten. Jahrelang gab es u.a. den "Schulbuch-Streit", der anhängig geworden war, weil das japanische Erziehungsministerium in den neuen Lehrbüchern Kriegsbeschreibungen förderte, die der Betroffenheit der Nachbarn in keiner Weise gerecht wurden.

Wenn das Ausland Einfluß auf die japanische Politik zu nehmen versucht, greift es in aller Regel immer wieder dieselben drei Themen heraus, nämlich entweder die japanische Handelspolitik (die vor allem von den USA und der EG gerügt wird) oder aber die japanische Aufrüstungs- und Vergangenheitsbewältigungs-Politik - auf die beiden letzteren Punkte pflegen sich vor allem die asiatischen Nachbarn Japans zu versteifen.

Am 9. Mai 1988 kam es in diesem Zusammenhang zu einer neuen Peinlichkeit. Seisuke Okuno, Chef der staatlichen Bodenverwaltungsbehörde, hatte sich, nach einem Besuch des Yasukuni-Schreins, in dem auch ehemalige "Kriegsverbrecher" verehrt werden, zu der Bemerkung hinreißen lassen, daß der Krieg mit China keineswegs mit einer japanischen Aggression begonnen habe. Der Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke, der zum Ausbruch des chinesisch-japanischen Kriegs führte, sei eher ein zufälliger "Unfall" gewesen. Die Bemerkungen Okunos führten in Beijing und in Seoul zu scharfen Reaktionen, riefen aber auch die japanische Opposition auf den Plan. Die chinesische Seite verstand trefflich, das Feuer zu schüren: Sie wies zunächst einmal darauf hin, daß der Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke ein von den japanischen Militaristen bewußt eingefädelter Versuch gewesen sei, einen Anlaß zu schaffen, um das gesamte China zu annektieren. (XNA, 13.5.88) Anschließend unterstützte die chinesische Seite die japanische Opposition, die sich scharf mit Okunos Bemerkungen auseinandersetzte. (XNA, 13.5.88)

Am Schluß hatte Okuno den Hut zu nehmen, wie schon einige Monate vorher der japanische Erziehungsminister. Hier zeigte sich erneut, wie stark das chinesische Druckpotential auf die japanische Regierung ist!

In der Frage der militärischen Aufrüstung Japans andererseits zeigt sich China zurückhaltend. Als es Ende Mai zu amerikanisch-japanischen Seemanövern im Bereich der Hawaii-Inseln kam, und Japan dorthin zehn Kriegsschiffe und acht U-Bootabwehr-Patrouillenflugzeuge entsandte, beschränkte sich die chinesische Berichterstattung auf die Wiedergabe der Tatsache. Kritische Bemerkungen unterblieben. (XNA, 23. u. 25.5.88)
-we-

*(4)

Äthiopien und Mozambique: Beijing macht verlorenes Terrain in Afrika wett

Mitte Mai 1988 besuchten der mozambiquanische Präsident J.A. Chissano und Mitte Juni 1988 der äthiopische Präsident Mengistu Haile Mariam die VR China. (XNA, 17. u. 18.5. bzw. 23.6.88)

Bei Mozambique und Äthiopien handelt es sich, ebenso wie bei Angola, um Länder, in denen China während der 60er und 70er Jahre auf das falsche Pferd gesetzt hatte, so daß es dort eine Zeitlang der UdSSR den Vortritt lassen mußte. In der Zwischenzeit versteht es die Volksrepublik aber, wieder Boden gutzumachen.

Beim Besuch beider afrikanischer Politiker war häufig vom "Kampf gegen das südafrikanische Rassenregime" die Rede sowie von den Bemühungen der jeweiligen "sozialistischen" Regierung, Reformen durchzuführen.

Am 18.5. unterzeichneten die Regierungen von China und Mozambique ein Abkommen über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit. U.a. lieferte China den Afrikanern ein Mehrzweckschiff sowohl für Passagiere als auch für Frachten. (XNA, 18.5.88) Besonders interessiert zeigte sich der Gast an den chinesischen Reformen, von denen Mozambique möglicherweise einiges lernen könnte. (XNA, 19.5.88)

Mit Äthiopien wurden am 23. Juni vier Dokumente unterzeichnet. Das erste Protokoll sieht den Bau eines Stadions für 60.000 Personen in Addis Abeba vor. Daneben wurde noch ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, ein Kulturabkommen und eine Zusammenfassung des Gesprächsinhalts des ersten Treffens des gemeinsamen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel unterzeichnet. (XNA, 24.6.88) Bereits im April 1988 war die Gründung der Gemeinsamen Kommission vereinbart worden. Schon 1978/79 hatte China außerdem ein Darlehen für wissenschaftliche und technische Zwecke zur Verfügung gestellt.

Auch der äthiopische Präsident zeigte lebhaftes Interesse an den chinesischen Reformen, die ihm z.T. von Deng Xiaoping persönlich erläutert wurden. -we-

*(5)

Neue Partnerschaft mit der DDR

Im Eilschritt holt die DDR eine Entwicklung nach, die infolge der lange Zeit eingefrorenen Beziehungen ins Hintertreffen geraten war, nämlich die Begründung von Partnerschaften. Nachdem es Anfang Mai zwischen Berlin (Ost) und Beijing sowie Ende Mai zwischen Leipzig und Nanjing zu offiziellen Verbindungen gekommen war (Näheres dazu C.a. Mai 1988, Ü 2), wurde inzwischen auch eine Städtepartnerschaft zwischen den beiden Hafenstädten Rostock und Dalian vereinbart. Ein zweijähriger Maßnahmeplan sieht u.a. den Austausch von Delegationen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Werft- und Fischereiindustrie vor. Anlässlich der Unterzeichnung wurde in Dalian eine Ausstellung von Zeichnungen Rostocker Kinder eröffnet. Dalian, am Gelben Meer gelegen, ist nach Shanghai die zweitgrößte Hafenstadt Chinas und zugleich ein bedeutendes Industriezentrum im Nordosten des Landes. Im Stadtgebiet, wo heute 1,5 Mio. Menschen leben, gibt es eine der größten chinesischen Werften und zahlreiche Maschinenbaubetriebe. Dalian steht bereits in einem Partnerschaftsverhältnis zur Hansestadt Bremen. -we-

*(6)

Österreich will "zurück nach Europa" - endlich!

Zu den Hauptvertretern weltweiter Regionalisierungsbestrebungen gehören bekanntlich die Chinesen, die nicht zufällig schon früh vor allem der EG applaudiert haben. Beifall aus dem fernen Beijing war nun auch zu hören, als am 8. April 1988 eine EG-Vertretung in Wien ihre Pforten öffnete - es war dies die erste offizielle diplomatische Vertretung der EG in einem Mitgliedstaat der EFTA.

Lange Zeit hatte Österreich gegenüber der EG Distanz gewahrt. Erst 1987 kam es hier zu einer Wende: zum einen bildete sich in Wien im Februar d.J. eine neue Koalition aus SPÖ und ÖVP heraus, die in ihrem außenpolitischen Programm die Intensivierung der Beziehungen zur EG zum Hauptinhalt ihrer Außenpolitik erklärte, zum anderen konnte sich Österreich nicht der Erkenntnis verschließen, daß der bis 1992 entstehende EG-Binnenmarkt - der größte Weltmarkt der Zukunft - auf keinen Fall umgangen werden dürfe. Daneben zwingt die erst in den letzten Jahren deutlich gewordene Wirtschaftskrise die Republik zur Hinwendung auf einen großen zukunftssträchtigen Markt.

Ein Vollmitglied kann Österreich vorerst, wie ein chinesischer Kommentar bedauernd feststellt (BRu 1988, Nr.25, S.31 f.), nicht werden. Vielmehr müsse es sich mit dem Problem auseinandersetzen, wie die Sondermitgliedschaft bei der EG mit seinem Neutralitätsstatus vereinbar ist. -we-

*(7)

Keine Internationalisierung der Tibetfrage

Am 21. September 1987 hatte der Dalai-Lama auf der Sitzung des Komitees der Menschenrechtsgruppe im Repräsentantenhaus des US-Kongresses einen Fünfpunkteplan über die "Stellung Tibets" bekanntgegeben, der im wesentlichen auf die Unabhängigkeit dieses Gebiets hinauslief. Die einzelnen Punkte lauten: Umwandlung Tibets in eine Friedenszone; Beendigung der chinesischen Übersiedlungspolitik; Respektierung der Menschenrechte; Umweltschutz; Verhandlungen zwischen Tibet und China. Regierung und Propaganda Chinas nahmen diesen Vorgang zum Anlaß, um ei-

ne wochenlange Kampagne gegen das geistliche Oberhaupt Tibets und gegen den US-Kongreß vom Zaun zu brechen.

Inzwischen trat der Dalai-Lama erneut an die Öffentlichkeit und schlug vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 15. Juni 1988 eine Art Halbautonomie für Tibet vor. Als Oberhaupt der sechs Millionen Tibetaner sprach er den Wunsch aus, Tibet möge eine "sich selbst regierende demokratische politische Einheit werden, die auf gesetzlichen Grundlagen beruhe, welche vom tibetischen Volk gebilligt wurden". Allerdings solle die enge Anbindung an die VR China bestehen bleiben. China könne beispielsweise weiterhin die tibetische Außenpolitik tragen, während die eigentliche tibetische Regierung mit Hilfe eigenen Außenbüros zum Ausland Beziehungen auf wirtschaftlichem, erzieherischem, kulturellem, religiösem, touristischem, wissenschaftlichem, sportlichem und anderem nichtpolitischem Gebiet herstelle. Die tibetische Seite sei bereit, über Einzelheiten dieses Vorschlags mit China Gespräche zu führen. Außenpolitik gesteuert durch China, Innenpolitik gesteuert durch eine tibetische Lokalregierung - dies war bereits die Methode, nach der Tibet zwischen dem 18. Jht. und 1911 regiert wurde. Die tibetische Lokalpolitik solle durch ein Volksvertretungshaus aus zwei Kammern und durch eine von der Bevölkerung gewählte Regierung bestimmt werden. Außerdem solle ein unabhängiges Justizsystem aufgebaut werden. Er, der Dalai-Lama, wolle selbst nicht aktiv an dieser Regierung beteiligt sein. Gleichwohl wolle er mit allen Kräften für das Wohl des tibetischen Volkes arbeiten. (PTI, Press Trust of India in SWB, 17.6.88)

Der Dalai-Lama zeigte sich, wie aus seiner Straßburg-Rede hervorging, von der Wandlung der chinesischen Politik in Tibet durchaus beeindruckt. Bekanntlich war bereits 1980 unter der Führung des damaligen KP-Generalsekretärs Hu Yaobang eine Arbeitskonferenz über Tibet eingerichtet worden, die auch heute noch besteht und die sich inzwischen, unter ihrem neuen Vorsitzenden Zhao Ziyang, das Ziel gesetzt hat, den "Linksradikalismus" in Tibet auszumerzen. Mit "Linksradikalismus" sind alle Maßnahmen gemeint, die den autonomen Rechten des tibetischen Volkes entgegenwirken, sei es nun dem Gebrauch der tibetischen Sprache, der

Wiederbelebung oder Aufrechterhaltung der Sitten und Gebräuche und vor allem der Pflege der tibetischen Religion, die ja das Volk auf dem Dach der Welt in ganz spezifischer Weise geformt hat. Zum Exekutor dieser "antinken" Politik ist inzwischen Wu Jinghua ernannt worden, der im Jahre 1985 zum Sekretär des KPCh-Komitees von Tibet avancierte. Um seinen guten Willen und seine Bereitschaft zum Kampf gegen den "Linksradikalismus" zu demonstrieren, hat Wu inzwischen persönlich an mehreren buddhistischen Feierlichkeiten teilgenommen und erhielt dafür von seinen Gegnern den Spitznamen "Lama-Sekretär".

Ferner hat die Regierung in Beijing beschlossen, daß die Wirtschaft Tibets in Zukunft hauptsächlich von kollektiven und individuellen Wirtschaftseinheiten getragen werden solle, während das Staatseigentum in seiner Bedeutung herabzufahren sei. Kollektiv- und Privatbetriebe sollten sich hauptsächlich des Kontraktsystems bedienen, um auf diese Weise den Absatz des tibetischen Kunsthandwerks flexibler zu gestalten und bessere Gewinnmöglichkeiten sicherzustellen.

Gegner der Wu'schen Politik bedienen sich seitdem des "linken" Arguments, daß das Volkseigentum dem Kollektiveigentum überlegen sei und daß die neue Politik kapitalistischen Charakter trage. Hauptvertreter dieses Standpunkts sind Kader, die befürchten, durch die neue Rekollektivierungs- und Reprivatisierungspolitik ihre "eiserne Reisschale", d.h. ihre feste Anstellung, zu verlieren. (Ming Pao, Hongkong, 2.6.1988) Dieselben Personen führen den Ausbruch der Unruhen im Herbst 1987 und im März 1988 hauptsächlich darauf zurück, daß die neue Lokalregierung bei der Durchsetzung der religiösen und nationalistischen Autonomiepolitik zu weit gegangen sei.

Diese Veränderungen werden vom Dalai-Lama, wie gesagt, durchaus zur Kenntnis genommen und als "pragmatische und liberale" Schritte in die richtige Richtung bezeichnet. Beijing möge aber bitte noch einen Schritt weitergehen und die Bildung einer eigenen tibetischen Regierung zulassen. Nur so könne eine "eigene Identität" Tibets wiederhergestellt und die fundamentalen Rechte des tibetischen Volkes gesichert werden. Ferner solle Tibet

demilitarisiert und neutralisiert werden. Bis es soweit sei, könne eine chinesische Besatzung auf dem Dach der Welt bleiben, die allerdings nur über Verteidigungskapazitäten verfügen dürfe. (PTI, ebenda)

Die Reaktion Beijings auf diesen Vorschlag kam prompt. Die VR China lasse über alles mit sich verhandeln, nur nicht über die Unabhängigkeit Tibets, und zwar weder über die volle Unabhängigkeit, noch über eine Teilunabhängigkeit, noch eine kaschierte Unabhängigkeit. China könne auch nicht dulden, daß die Tibetfrage in eine internationale Frage umgewandelt werde. (XNA, 22.6.88, PTI in SWB, 24.6.88) Die wichtigsten Elemente des neuen Vorschlags (außenpolitische Vertretung Tibets durch China, Recht einstweiliger Truppenstationierung, Aushandlung eines chinesisch-tibetischen Assoziationsvertrags und Abhaltung einer regionalen Friedenskonferenz zur Neutralisierung und Entmilitarisierung des Landes) werden aber in der einen oder anderen Form in den nächsten Jahren vermutlich immer wieder auftauchen. -we-

Innenpolitik

*(8)

9. Sitzung des Politbüros des XIII. ZK: Bekräftigung der Notwendigkeit der Preisreform

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh trat vom 30. Mai bis 1. Juni 1988 zu seiner 9. Sitzung zusammen und diskutierte den Stand der Wirtschaftsreformen und die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei ging es vor allem um die Preisreform und die damit zusammenhängenden Probleme, wie Preissteigerungen, Inflation und reale Einkommensverluste für einen Teil der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich das Politbüro auch mit der Frage, wie auf Proteste und Demonstrationen zu reagieren sei - hierzu liegt bereits intern ein 18 Artikel umfassender Gesetzentwurf vor (Wen Hui Bao, 5.6.88, nach SWB, 7.6.88). Auf der Sitzung hielt ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang eine Rede über die Errichtung einer "neuen Ordnung der sozialistischen Warenwirtschaft". Mit Ausnahme von 2 Politbüro-Mitgliedern nahm das Polit-